Kirche befürwortet Ausbau des muslimischen Religionsunterrichts

23. Mai 2019



Düsseldorf (KNA) Die beiden großen Kirchen befürworten den Ausbau des islamischen Religionsunterrichts an den nordrhein-westfälischen Schulen. Das Fach leiste einen „aufklärenden Beitrag zur Identitätsbildung“, heißt es in einer am Mittwoch veröffentlichten Erklärung des Katholischen und Evangelischen Büros an den Landtag in Düsseldorf. Zugleich betonen die Kirchen, dass die Inhalte des Religionsunterrichts nicht vom religiös neutralen Staat festgelegt werden dürften. Dies bleibe allein den Religionsgemeinschaften vorbehalten.

Derzeit beschäftigt sich der Landtag mit einer Neustrukturierung und einem Ausbau des muslimischen Religionsunterrichts an den Schulen in NRW. Im Schuljahr 2017/2018 erhielten landesweit nur 19.500 der 415.000 muslimischen Schüler in NRW islamischen Bekenntnisunterricht. Damit besteht nach Auffassung der beiden Kirchen weiterhin „Bedarf an einem Auf- und Ausbau islamischen Religionsunterrichts“.

Nach einem Antrag der Regierungsparteien CDU und FDP soll der islamische Religionsunterricht auf eine neue rechtliche Basis gestellt werden. Da die muslimischen

Verbände bislang nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt sind, bestimmt ersatzweise ein Beirat über Lehrinhalte und -personal. Dieses Gremium aus jeweils vier Vertretern der Landesregierung und der Islamverbände läuft zum 31. Juli aus.

An dessen Stelle soll nach den Plänen von CDU und FDP eine Kommission treten, deren Mitglieder nicht mehr von der Landesregierung berufen werden. Jede muslimische Organisation, die eine Gewähr für Verfassungstreue bietet und mit der die Landesregierung einen öffentlich-rechtlichen Vertrag schließt, soll in der Kommission eine Stimme haben. Bis zum Jahr 2025 soll es eine endgültige gesetzliche Regelung für den islamischen Religionsunterricht in NRW geben.

Die Kirchen begrüßen grundsätzlich das Kommissionsmodell. Es berücksichtige gesellschaftliche Entwicklungen und nähere sich dem Neutralitätsgebot und der Trennung von Staat und Kirche an, heißt es in der Stellungnahme.

(KNA - tkpmm-89-00185)
Foto: Pixabay

Stand: 13. November 2026